



Sportstätten auch wichtig für Integration

Laut Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW werden mindestens 400 Sporthallen als Flüchtlingsunterkunft genutzt

Die Inanspruchnahme kommunaler Sporthallen für die Unterbringung von Flüchtlingen führt zunehmend zur Beeinträchtigung des Vereinssports wie auch des Schulsports. Darauf hat der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, **Dr. Bernd Jürgen Schneider**, heute in Düsseldorf hingewiesen: "Vorsichtig gerechnet gehen wir davon aus, dass landesweit bis Jahresende mindestens 400 Turnhallen von den Kommunen als Notunterkunft eingesetzt werden müssen."

Unter Problemen hätten vor allem Sportarten wie Handball oder Tischtennis zu leiden, die zwingend auf Hallen angewiesen sind. Hier meldeten Vereinsvertreter Schwierigkeiten, den Trainings- und Spielbetrieb aufrechtzuerhalten. Aber auch die kommunalen Schulträger müssten zunehmend mit Behelfslösungen arbeiten, welche für die Schüler und Schülerinnen weite Wege mit sich bringen, damit lehrplanmäßig Schulsport stattfinden werden kann.

„Wir danken den Vereinen und dem Landessportbund, die in den vergangenen Monaten viel Verständnis für die Nöte der Kommunen gezeigt und an praktischen Lösungen mitgearbeitet haben“, betonte Schneider. Er appellierte an die Verantwortlichen in den Kommunen, die Vertretungen der Sportvereine vor Ort - Stadt- und Kreissportbünde, Stadt- und Gemeindegemeinschaften - so früh wie möglich zu informieren und in die weitere Planung einzubeziehen. "Die Suche nach Ausweichmöglichkeiten für den Vereinssport sollte als gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Sportorganisationen verstanden werden", so Schneider.

Zugleich dämpfte er Hoffnungen auf eine rasche Besserung der derzeitigen Situation: "Die Alternativen bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen sind in den Kommunen weitgehend ausgeschöpft". Vielerorts fehle es an geeigneten Immobilien mit ausreichend sanitären Einrichtungen. Und der Neubau von Unterkünften sei nicht in wenigen Wochen zu realisieren.

Trotzdem müsse es das Ziel sein, die Inanspruchnahme von Sporthallen auf die geringstmögliche Dauer zu beschränken. Schneider verwies dabei auch auf das integrative Potenzial des Sports: "Sportvereine sind in besonderem Maße geeignet und gefordert, die bei uns ankommenden Menschen in die

Gesellschaft zu integrieren." Diese Integrationsleistung könne der Sport aber nicht erbringen, wenn die Sportstätten fehlen.

An einer Blitzumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW unter seinen 359 Mitgliedern hatten sich in der vergangenen Woche 153 Städte und Gemeinden beteiligt. In 80 von diesen werden eine oder mehrere Turnhallen für die Unterbringung von Menschen genutzt. 63 dieser Kommunen gehen von einer Beeinträchtigung des Schulsports aus.

Für die Unterbringung von Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes werden allein bei diesen 80 Kommunen derzeit 56 Turnhallen in Anspruch genommen - und voraussichtlich weitere neun bis zum Jahresende. Für die den Kommunen regulär zugewiesenen Flüchtlinge werden derzeit 41 Turnhallen und voraussichtlich weitere 35 bis zum Jahresende belegt. In der Summe ergibt dies 141 Hallen bis zum Jahresende.

Da die an der Umfrage teilnehmenden Kommunen lediglich etwa drei Mio. Einwohner repräsentieren und die Großstädte dabei nicht erfasst wurden, ist eine auf ganz NRW hochgerechnete Zahl von 400 Hallen durchaus plausibel.